

# Vorwort



© Bohmann

Liebe Wienerinnen und Wiener,

das Jahr 2020 hat nicht nur für unser Gesundheitssystem, sondern auch für unsere sozialen Sicherungsnetze einen Stresstest dargestellt. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens hatten eine Rekordarbeitslosigkeit zur Folge, die wir in diesem Ausmaß in der zweiten Republik noch nicht gesehen haben. Angesichts der engen Verflechtung der Wiener Mindestsicherung mit dem Arbeitsmarkt war es nicht möglich, den positiven Trend mit sinkenden BezieherInnen-Zahlen aus den beiden Vorjahren fortzusetzen. Dennoch ist festzuhalten, dass die sozialen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht zur Gänze in der Mindestsicherung angekommen sind.

Die Bundesregierung hat versucht, finanzielle Notlagen durch Einmalzahlungen und einer temporären Erhöhung der Notstandshilfe zu lindern. Ob das ausreicht, ist fraglich. Erst wenn diese vorübergehenden Maßnahmen auslaufen bzw. ausbleiben, wird sich zeigen, wie es tatsächlich um die Einkommenssituation krisengebeutelter Haushalte bestellt ist.

In einer Krise wie der aktuellen ist es notwendig, sowohl im Bereich des Arbeitslosengeldes als auch der Mindestsicherung bzw. der Sozialhilfe nachzubessern. Darüber hinaus sollte die COVID-19 Pandemie aber auch Anlass dafür sein, über die Ausgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme und deren Armuts- und Krisenfestigkeit zu diskutieren.

Meine Ablehnung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes ist hinreichend dokumentiert. Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben mich darin bestärkt, dass es sich dabei nicht mehr um ein existenzsicherndes und armutsbekämpfendes Auffangnetz handelt. Gerade in jenen Bundesländern, die das Gesetz als Erste umgesetzt haben, hat sich gezeigt, dass Menschen inmitten der Krise nicht mehr ausreichend abgesichert sind oder sogar aus dem System der Krankenversicherung fallen. Es wäre an der Zeit, politisches Kalkül beiseite zu schieben und eine ernsthafte Diskussion über die Bekämpfung von Armut in Österreich mit allen relevanten Kräften zu führen und entsprechend nachhaltige Maßnahmen zu setzen.

Wie eingangs erwähnt, sind die Langzeitfolgen der Krise noch nicht vollständig absehbar. Aber erste Anzeichen sind spürbar und auch in diesem Jahresbericht zur Wiener Mindestsicherung dokumentiert: Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende, insbesondere Frauen, Langzeitarbeitslose und Haushalte mit höheren Mieten sind von den Auswirkungen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen. Wieweit auch die Sprachförderung, Qualifizierung und Integration von Asylberechtigten auf der Stre-

cke geblieben ist und den Integrationsprozess verlangsamt hat, entzieht sich noch unserem Wissen. Für diese Gruppen braucht es eine existenzsichernde Absicherung und entsprechende Unterstützungsangebote, die durch das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz größtenteils nicht abgedeckt sind. Ich halte auch eine Diskussion über ein degressives Arbeitslosengeld für unangebracht, denn das gibt es ja de facto bereits mit der Notstandshilfe. Vielmehr sollte eine Anhebung von Arbeitslosenleistungen ein Gebot der Stunde sein.

Die österreichische Sozialpolitik verträgt keinen Stillstand oder keine Rückwärtsbewegung mehr und darf nicht auf Missbrauchsverhütung reduziert werden. Eine moderne Sozialpolitik muss versuchen Leistungen weiterzuentwickeln – evidenzbasiert, zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht. Die Abteilung für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht lebt dies eindrucksvoll vor. Der vorliegende Jahresbericht ist zielgruppenspezifisch aufgebaut, zeigt Wirkungen auf und bietet ausreichend Empirie für die Weiterentwicklung. Erste Schritte sind schon gesetzt: Mit dem U25-Wiener Jugendunterstützung, der gemeinsamen Anlaufstelle von Stadt Wien und AMS Wien, wird ein ganzheitliches Unterstützungsmodell für Jugendliche und junge Erwachsene unter einem Dach angeboten. Die neue Wohnungssicherungsstelle in Wien bündelt alle Kräfte im Kampf gegen Wohnungslosigkeit. Und – so viel kann ich schon verraten – Alleinerziehende sind die nächste Zielgruppe, denen wir uns in der WMS verstärkt widmen wollen.

Zum Abschluss: Daten und Fakten sind mir wichtig, aber dieser Jahresbericht verleiht der Armut zu einem Gesicht, nein sogar sechs unterschiedliche Gesichter. Vielleicht können diese sechs Fallgeschichten aus dem Alltag der MitarbeiterInnen der Abteilung für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht das Bild des Mindestsicherungsbeziehenden in der Öffentlichkeit etwas verändern und die Diskussion zur Weiterentwicklung des letzten sozialen Netzes wieder in Gang bringen.

Herzlichst

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Hacker', with a large, stylized initial 'P'.

Peter Hacker